



FDP-Fraktion | 29.01.2013 - 01:00

Zur Kulturförderung gehört auch Krisenprävention



Die Frage, ob die bestehenden Präventionsmaßnahmen in Deutschland für den Schutz von Kulturgütern vor Katastrophen ausreichend sind, diskutierte die FDP-Bundestagsfraktion am Montag mit Experten in Berlin. Kulturförderung sollte nicht nur der Schaffung von Neuem dienen, sondern sich auch mit dem Erhalt und dem Schutz bereits bestehender Kulturgüter befassen, erklärte **Reiner Deutschmann**, FDP-Sprecher für Kulturpolitik und Initiator des Gesprächs.

Gisela Piltz, die sich nach eigener Aussage als innenpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag normalerweise mit „Katastrophen anderer Art“ beschäftigt, begrüßte das weitgereiste Fachpublikum im Deutschen Bundestag.

Reiner Deutschmann, FDP-Sprecher für Kulturpolitik, hob hervor, dass sich der Bundestag erstmalig in einem Fachgespräch der Frage des Sicherheitsaspektes annehme.. Bei Katastrophen, ob natürlich oder vom Menschen verursacht, könnten ganze Sammlungen von Kulturgütern auf einen Schlag vernichtet werden. Dass es hier dringenden Klärungsbedarf gebe, hätten der Brand der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar im Jahr 2004 und der Einsturz des Kölner Stadtarchivs vor vier Jahren deutlich gemacht, so Deutschmann.

In der Expertenrunde und im Gespräch mit den Gästen wurde daraufhin diskutiert, ob deutsche Institutionen, Archive und Museen gut genug auf mögliche Krisen vorbereitet sind, oder ob es eine Initiative des Gesetzgebers für einen Nationalen Notfallplan bedürfe.

Bewusstsein für Krisenprävention schaffen

Dr. Volker Rodekamp, Präsident des Deutschen Museumsbundes e.V., betonte, den Museen fehle in vielen Fällen das Bewusstsein für eine Krisenprävention. Dieses müsse gezielt geschärft werden, so Rodekamp. Gerade kleinere und mittlere Einrichtungen seien unzureichend auf Katastrophenfälle vorbereitet.

Krisenstab koordinieren

Dr. Bettina Schmidt-Czaia, Direktorin des Historischen Archivs der Stadt Köln, erzählte von ihren Erfahrungen beim Einsturz des Kölner Stadtarchivs und machte darauf aufmerksam, dass für einen Krisen-Fall im Vorfeld die Kompetenzen des Krisenstabs definiert und abgesprochen werden müssten. Im Falle Kölns hätte die Feuerwehr die Leitung übernommen, während der Kulturchef keinerlei Mitspracherechte gehabt hatte.

Koordinierungsstelle auf Bundesebene

Anders sei dies im Falle der Herzogin Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar gewesen. Deren Direktor Michael Knoche erklärte, der Weimarer Notfallbund habe dafür gesorgt, dass der Schaden bestmöglich begrenzt werden konnte. Er plädierte dafür, auf Bundesebene eine Koordinierungsstelle für den Kulturgüterschutz einzurichten, wie es sie beispielsweise in der Schweiz gibt. Diese könnte dann die Expertise bündeln und die Länder bei der Einrichtung von Präventivmaßnahmen unterstützen.

Inventarisierung, Risikomanagement und Vernetzung

Rino Büchel, Leiter des Fachbereiches Kulturgüterschutz beim Schweizer Bundesamt für Bevölkerungsschutz, erklärte, in der Schweiz sei bei der Schaffung eines Nationalen Notfallplans zunächst eine umfangreiche Inventur aller Kulturgüter durchgeführt worden. Diese seien in einem Zentralregister zusammengeführt worden. Um das Risikomanagement für den Katastrophenfall zu wappnen, seien die Expertisen von Feuerwehr und den Institutionen, Museen oder Archiven vernetzt worden.

Koordinierendes Element erwünscht

Deutschmann fasste abschließend zusammen: Die Diskussionsteilnehmer hatten sich alle für ein koordinierendes Element oder einen zentralen Ansprechpartner bei gleichzeitiger Wahrung der Eigenverantwortung auf Länder- oder Kommunalebene ausgesprochen. Wie diese zentrale Stelle letztlich aussehen könne, ob dies ein Expertengremium oder vielleicht auch ein Beauftragter für Kulturgüterschutz sein kann, müsse noch geklärt werden.

Entscheidend sei aber, so der FDP-Kulturpolitiker, dass sowohl bei den Institutionen als auch in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Dringlichkeit von Kulturgüterschutzprävention geschärft werden müsse.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/zur-kulturfoerderung-gehört-auch-krisenpraevention-0#comment-0>